



# Bundestags- brief

Nr. 173 • Die Woche im Bundestag • 12.06.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Endlich: Eine Lösung für das Bauhaus-Archiv in Berlin

Das Bauhaus ist bis heute die international einflussreichste Ideenschmiede der Architektur, der Kunst und des Designs. Es hat weltweite Anziehungskraft entwickelt und Deutschlands Ruf als Land der Innovation und Moderne zu Beginn des 20. Jahrhunderts maßgeblich mitgeprägt.

Seit Jahrzehnten ist der Bauhaus-Stil für Künstler und Kreative nicht nur Inspirationsquelle, sondern auch ein wichtiger Maßstab, an dem häufig neue Entwürfe und eigene Arbeiten gemessen werden. Dafür stehen die Bauhaus-Museen in Weimar, Dessau und Berlin.

Nach mehr als 20 Jahren ist nun für Berlin eine Lösung für den weiteren Umgang mit dem denkmalgeschützten Bauhaus-Archiv am Landwehrkanal endlich in Sicht. Mit seinem Entwurf für dieses Bauhaus-Archiv hatte der Begründer der Gestaltungsschule, Walter Gropius, 1964 die Tradition des Bauhauses wieder aufgegriffen, die von den Nationalsozialisten verfemt und brutal bekämpft worden war. Bis heute besticht das Gebäude seine unverwechselbare Gestalt; es ist aber in die Jahre gekommen und daher stark sanierungsbedürftig.

Der Bund hat mit dem Land Berlin nun eine Vereinbarung geschlossen, in der festgelegt wird, dass sich beide Partner die Kosten für die Sanierung und Erweiterung des Museums teilen. Die Finanzierung dieser Aufgaben wird mit insgesamt 56,2 Millionen Euro zu Buche schlagen. Der Bundesanteil daran beträgt dementsprechend 28,1 Millionen Euro.

Mit der Sanierung und Erweiterung des Archivs stellen wir zum einen sicher, dass das vom Bauhaus-Gründer Walter Gropius selbst entworfene Archiv auch zukünftig allen denkmalpflegerischen Gesichtspunkten entspricht. Zum anderen tragen wir mit einem geplanten Erweiterungsbau an der Klingelhöfer Straße aber auch dem stetig

steigenden Interesse am Bauhaus Rechnung. Mit dem Anbau geben wir dem Archiv die Möglichkeit, seine weltweit umfangreichste Sammlung in Zukunft wieder zur Bauhaus-Schule mit dem gebührenden Platz und vor allem auch zeitgemäß zu präsentieren.

Wir haben nun den Architektenwettbewerb ausgeschrieben und freuen uns auf eine Vielzahl innovativer Vorschläge, die die einzigartige Architektur des Bauhaus-Archivs aufnimmt und um neue Facetten bereichert. Im Verfahren können sich insgesamt 35 Büros bewerben, die schon über Erfahrungen im Museumsbau und seinen spezifischen Anforderungen verfügen sollten.

Die Finanzierungsvereinbarung für das Bauhaus-Archiv in Berlin ist darüber hinaus eine wichtige Etappe auf dem Weg zum 100 jährigen Bauhaus-Jubiläum, das wir 2019 in Deutschland begehen werden. Der Bund unterstützt die Vorbereitungen für das Jubiläumsjahr 2019 auf vielfältige Art und Weise. Mit insgesamt 52 Millionen Euro beteiligt sich der Bund am Bau neuer Bauhaus-Museen in Weimar, Dessau und Berlin.

Ziel ist es, den vielen Besuchern aus aller Welt die Kunstwerke aus Architektur, Kunst- und Produktdesign angemessen präsentieren - und so den einzigartigen Bauhaus-Stil weiter als prägendes Element des Deutschland-Bildes im Ausland pflegen zu können.

Neben dem Humboldt-Forum im Berliner Stadtschloss, dem Museum der Moderne und dem Freiheits- und Einheitsdenkmal wird das Bauhaus-Archiv bereits das vierte große Kulturprojekt der Hauptstadt sein, das vom Bund maßgeblich unterstützt wird. Das zeigt eindrücklich: der Bund bekennt sich zu Berlin und dessen Funktion als Deutschlands Schaufenster in der Welt.

## Wertegebundene Verantwortung

Das Treffen der sieben großen demokratischen Industrienationen in Elmau hat das Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten von Freiheit und Recht deutlich unterstrichen. Die G7 bleiben bei der Beurteilung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den Konsequenzen daraus einig. Und sie machen deutlich: Wirtschaftliche Größe oder internationale Bedeutung allein reichen nicht zur Teilnahme, die G7 sind kein Club der Beliebigkeit.

Der Gipfel hat nicht nur wunderschöne Bilder von Deutschland in die Welt transportiert, sondern - vielmehr von vielen unerwartet - konkrete Ergebnisse erzielt. Hier wird die deutsche Handschrift deutlich: Die klare Bekräftigung der Klimaziele und die Hinwendung zu den drängenden Problemen unseres Nachbarkontinentes Afrika unterstreichen, wie wichtig die Begegnungen der G7 sind – und welche positive Effekte die Beschlüsse gerade für die Ärmsten der Welt haben können.

Vielleicht strahlen die Erfolge von Elmau auch auf die Diskussion um TTIP aus. Wenn wir uns mit unseren Freunden und Partnern, den großen demokratischen Staaten der Welt, nicht auf gemeinsame Standards einigen können, dann werden Dritte die Regeln für den Austausch bestimmen.

## Sexuellem Kindesmissbrauch den Nährboden entziehen, Opfern helfen

Deutschland hat in den vergangenen Wochen aufrüttelnde Berichte über die unglaublich lang anhaltende Duldung von Kindesmissbrauch in grün-alternativen Strukturen zur Kenntnis nehmen müssen. Das Versagen bestand nicht nur im Wegschauen, sondern in offener Werbung für pädophiles Treiben

Insofern ist es höchst bedrückend, dass bis heute nur weniger Länder ihre Zusagen erfüllt haben, den von Bund und Ländern gemeinsam auf den Weg gebrachten „Fonds sexueller Missbrauch“ mit den versprochenen Mitteln auszustatten.

Mit 100 Mio. Euro soll dieser Fonds Betroffenen helfen, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuellen Missbrauch erlitten haben und noch heute unter dessen Folgewirkungen leiden.

Bislang haben aber lediglich der Bund, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern eingezahlt.

Der Fonds kümmert sich vor allem um Opfer aus dem familiären Bereich, bezieht aber auch Fremdtäter und den institutionellen Bereich mit ein. Anträge von Opfern, die in Institutionen sexuell missbraucht wurden, können entgegenommen werden, wenn sich diese Institutionen am ergänzenden Hilfesystem beteiligen. Evangelische und katholische Kirche sowie die Ordensobernkonzferenz tun dies bereits.

## Deutschland soll das Land der gesunden Ernährung sein

Der Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Regierungsfraktionen „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ und zu den Anträgen der Opposition macht deutlich, dass es ein gemeinsames Ziel ist, die gesunde Ernährung zu stärken und die Wertschätzung von Lebensmitteln zu verbessern.

Allerdings unterscheiden sich die eingeschlagenen Wege zur Erreichung dieses Ziels. Die Koalitionsfraktionen präferieren einen ganzheitlichen ernährungsbezogenen Ansatz und damit einen Weg, der auf eine insgesamt wertschätzende, ausgewogene und maßvolle Ernährung setzt anstatt auf die Regulierung einzelner Lebensmittel oder Nährstoffe.

Bedauerlicherweise ist in Deutschland in den vergangenen Jahren eine Zunahme von ungesundem Ernährungsverhalten und Bewegungsmangel festzustellen. Die Anzahl übergewichtiger Menschen nimmt zu. In der gesundheitlichen Präventionspolitik müssen Bewegungsmangel und falsche Ernährungsgewohnheiten stärker in den Fokus rücken. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es von großer Bedeutung, ausgewogene Ernährungsgewohnheiten, beispielsweise in der Schulverpflegung, zu fördern. Aber auch bei Erwachsenen und älteren Menschen müssen Informations- und Bildungsangebote verstärkt werden. Neben der Ernährungsbildung müssen die Menschen für die Vermeidung von Lebensmittelabfällen sensibilisiert werden. Dazu gehört, das Wissen über die Landwirtschaft und die Herstellung von Lebensmitteln zu erhöhen. Jedes Schulkind sollte mindestens einmal einen Bauernhof besucht haben, um ein Gefühl für den Wert von Lebensmitteln zu bekommen.

Die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland steht für sichere, gesunde und bezahlbare Lebensmittel. Land und Leute profitieren von der Landwirtschaft in Deutschland.

Unsere Fraktion setzt sich deshalb für eine höhere Akzeptanz und Wertschätzung der deutschen Land- und Ernährungsbranche ein, damit eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige Lebensmittelherzeugung auch in Zukunft in Deutschland eine Perspektive hat.

### **Kritische Infrastrukturen besser schützen**

Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft bietet immense Chancen für Wirtschaft und Industrie und ist überlebenswichtig für den Industrie- und Technologiestandort Deutschland.

Auch in den Bereichen der Daseinsfürsorge wie etwa bei der Wasserversorgung, der Gesundheitsversorgung oder der Verkehrsleitplanung hat die Digitalisierung Einzug gehalten. Die Fortschritte und Entwicklungen sind rasant und verbessern unser Leben in vielen Bereichen.

Gleichzeitig nehmen die digitalen Verwundbarkeiten zu. Sie können schon heute alle Bereiche unseres Lebens und Handelns empfindlich treffen. Dagegen müssen wir Vorsorge treffen.

Zwar gibt es in der digitalen ebenso wenig wie in der analogen Welt eine absolute Sicherheit, aber wir müssen alles tun, um die Risiken so weit wie möglich zu minimieren. Mit der Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes sind wir hierzu in dieser Woche einen wichtigen Schritt gegangen. Zugleich setzen wir einen wesentlichen Baustein der Digitalen Agenda um.

Einrichtungen, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind, sogenannte „Kritische Infrastrukturen“, sollen zukünftig einen Mindeststandard an IT-Sicherheit einhalten und erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden.

Die beim BSI zusammenlaufenden Informationen werden dort ausgewertet und anderen vergleichbaren Betreibern kritischer Infrastrukturen zur Verfügung gestellt, damit diese zielgerichtete Schutzmaßnahmen ergreifen können.

Zur Verbesserung der IT-Sicherheit im Internet erhöhen wir parallel dazu die Anforderungen an Telekommunikations- und Telemediendienste. Zudem stärken wir angesichts zunehmender IT-Angriffe gegen Bundeseinrichtungen das Bundeskriminalamt im Bereich der Cyberkriminalität.

Deutschland nimmt die digitale Herausforderung an, ist dabei aber nicht sorglos-optimistisch, sondern vorsorgend-realistisch. Wir setzen national frühzeitig Maßstäbe und wirken so auf die Regelungen ein, die derzeit auf europäischer Ebene erarbeitet werden.

### **Qualitativ gute und schnell erreichbare Versorgung aller Patienten**

Die Sicherung der medizinischen Versorgung, insbesondere auf dem Land, wurde bereits mit dem Versorgungsstrukturgesetz in der letzten Wahlperiode verbessert.

Das zweite Versorgungstärkungsgesetz, das in dieser Woche abschließend beraten wurde, stellt den Versorgungsalltag der Versicherten erneut in den Mittelpunkt. Konsequenterweise aus dem Blickwinkel der Patienten geht es um eine medizinische Versorgung, die in Stadt und Land gut erreichbar und qualitativ hochwertig ist - in der Praxis, im Krankenhaus, beim Haus- und beim Facharzt.

In ländlichen Räumen bereitet vielerorts nicht erst die Facharzt-, sondern schon die Hausarztversorgung Sorgen. Das Gesetz stärkt daher die Anreize für Ärzte, sich niederzulassen. Künftig haben die Kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit, mit vielfältigen Maßnahmen vom Stipendium bis hin zur Niederlassungshilfe einen Beitrag zu leisten, damit Unterversorgung erst gar nicht entsteht. Sie können in eigener Regie in ihrer Region Strukturfonds einrichten, um die Niederlassung zu steuern.

Darüber hinaus werden Praxisnetze stärker gefördert und die Möglichkeiten medizinischer Versorgungszentren erweitert. Der niedergelassene freiberufliche Arzt ist und bleibt das Rückgrat der ambulanten Versorgung.

Neben Maßnahmen in unterversorgten Gebieten, gibt es auch solche für Gebiete, die überversorgt sind, und in denen Ärzte ihre Praxen aufgeben wollen.

Eine passgenaue Verteilung ärztlicher Ressourcen wird Schritt für Schritt erfolgen. Keine bestehende Praxis wird vom Netz genommen. Bei besonderem Versorgungsbedarf wird nachbesetzt. Das letzte Wort hat die Ärzteschaft.

Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. Mit einem Innovationsfonds sollen gezielt Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten.

Auch stärkt das Gesetz die Patientenrechte: Termin-Servicestellen helfen gesetzlich Versicherten gemeinsam mit den Ärzten zeitnah an einen Facharzttermin zu kommen. Die freie Arztwahl bleibt erhalten.

Die ambulante medizinische Versorgung wird durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen gestärkt und weiterentwickelt. Eine qualitativ gute und schnell erreichbare Versorgung aller Patienten hat oberste Priorität. Dazu hält dieses Gesetz einen umfassenden Katalog von Anreizen und finanzieller Unterstützung bereit.

### **Exporte in G7-Staaten stabil**

Im Jahr 2014 gingen nach vorläufiger Auswertung 32 Prozent der deutschen Exporte mit einem Gesamtvolumen von 362 Milliarden Euro in die übrigen G7-Staaten.

Damit bleibt die Bedeutung der großen Industrienationen für die deutsche Exportwirtschaft seit dem Jahr 2008 nahezu konstant. Die größten Abnehmer deutscher Waren unter den G7 waren im Jahr 2014 Frankreich mit einem Anteil von 28 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 27 Prozent und das Vereinigte Königreich mit 23 Prozent. Italien lag mit 15 Prozent im Mittelfeld, während Japan mit 5 Prozent und Kanada mit 2 Prozent für die deutschen Exporte von geringerer Bedeutung waren.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

### **Attraktiver Investitionsstandort Deutschland**

Deutschland ist nach China und den USA der weltweit attraktivste Standort für Investoren. Dies ergibt sich aus einer Befragung von 808 internationalen Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft.

Gute Noten erhält Deutschland dabei vor allem für seine Infrastruktur, die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie das soziale Klima und die Stabilität des politischen Umfelds.

Gleichzeitig gibt es Verbesserungsbedarf in der Aus- und Weiterbildung im Bereich Digitalisierung, der Steuerlast sowie beim Bürokratieabbau. Im Jahr 2014 realisierten ausländische Investoren 763 Projekte und schufen dabei etwa 11.300 neue Arbeitsplätze – ein Zuwachs um jeweils 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Spitzenreiter bei der Zahl der Investitionen in Deutschland sind amerikanische, chinesische und schweizerische Unternehmen.

*(Quelle: EY Attractiveness Survey – Standort Deutschland 2015)*

### **Praxisorientierung hilft beim Start in die Arbeitswelt**

Jungen Menschen in Deutschland gelingt der Übergang von der Schule in das Berufsleben im internationalen Vergleich überaus gut.

Der Anteil hochgebildeter 15- bis 29-Jähriger, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, ist in Deutschland mit 5,7 Prozent so gering wie in kaum einem anderen OECD-Land. Auch unter den jungen Menschen mit mittlerer oder niedriger formaler Bildung ist dieser Anteil in Deutschland wesentlich kleiner als im OECD-Schnitt.

Als Grund hierfür sieht die OECD vor allem die Praxisorientierung der beruflichen Bildung – in knapp drei Vierteln der Fälle werden dort im Rahmen einer Lehre praktische Kenntnisse erworben. Auch weiterführende Berufsausbildungen (etwa zu Kaufleuten oder Meistern) gehen fast vollständig mit berufsspezifischen Praxiseinheiten einher.

Deutschland sei ein Vorbild, da sich hier Auszubildende mit den Anforderungen ihres Berufsfeldes vertraut machen und Kontakte zu Arbeitgebern knüpfen können, so OECD-Generalsekretär Gurría.

*(Quelle: OECD Skills Outlook 2015)*